

Neuer Vizechef für Polizei

KANTON red. Regierungsrätin Yvonne Schärli (SP) hat auf Antrag von Polizeikommandant Adi Achermann



Georges Dumont (49, Bild) zu dessen Stellvertreter gewählt. Die Stelle des vollamtlichen Kommandanten-Stellvertreters wurde im Zug der Reorganisation aufgrund der Polizeikrise geschaffen.

Dumont werde in seiner Funktion der Abteilung Kommando-Dienste vorstehen, heisst es in der Mitteilung der Polizei. Der Betriebswirtschaftler arbeitet derzeit als Stabschef bei der Stadtpolizei Winterthur und lebt mit seiner Frau und den drei Kindern in Aarau. Er setzte sich im Bewerbungsverfahren gegen 21 Mitbewerber durch, wie Polizeisprecher Urs Wigger auf Anfrage sagt. Sechs Bewerber seien zu Gesprächen eingeladen worden. Dumont tritt neue Stelle am 1. Januar 2015 an.

Umbau für knapp 800 000 Franken

REGIERUNGSGEBÄUDE nus. Die Vorräume im Regierungsgebäude werden diesen Sommer renoviert – für 795 000 Franken. Das schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf eine dringlich eingereichte Anfrage von Ralph Hess (GLP, Luzern), die gestern im Kantonsrat zu einer kurzen Diskussion führte. Hess sagte, der Umbau sei unverständlich, und bezeichnete das seiner Ansicht nach unnötige Vorhaben als «schallende Ohrfeige für die Kantonsratskommission, die sich mit dem Sparpaket in der Höhe von über 200 Millionen Franken auseinandersetzt».

Fragezeichen bei den Kosten

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann sagte, die letzte Renovation des repräsentativen Gebäudes habe vor 40 Jahren stattgefunden. Die Kosten seien «nicht unbedeutend», aber es gebe keine Luxuslösung.

Ein Fragezeichen hinter die Kosten setzte auch SP-Kantonsrätin Felicitas Zopfi (Luzern). Dennoch sei nach 40 Jahren eine Renovation angezeigt. Das fanden auch Erich Leuenberger (FDP, Nebikon), Marcel Omlin (SVP, Rothenburg) und Michael Töngi (Grüne, Kriens).

Reto Wyss räumt Versäumnis ein

STIPENDIENGESETZ nus. «Im Nachhinein betrachtet, hätten wir zeitlich mehr Druck auf den Verein Studienaktie ausüben müssen.» So antwortete Bildungsdirektor Reto Wyss gestern auf eine Frage von David Roth (SP, Luzern) zur Kommunikation der Regierung nach dem Konkurs der Firma Edupreneurs von Ende März. Das Unternehmen war vom Verein Studienaktie mit der Betreuung von Studenten und Investoren beauftragt worden.

Die Möglichkeit, private Darlehen zu fördern, war einer der Kernpunkte des neuen Stipendengesetzes, das vom Luzerner Stimmvolk am 18. Mai gutgeheissen worden war. Reto Wyss wusste von dem von unserer Zeitung publizierten Konkurs, kommunizierte diesen aber nicht. Stattdessen beauftragte er den Verein, über den Konkurs der Edupreneurs «zeitnah zu informieren», was der Verein jedoch unterliess.

Weiterarbeit mit Verein möglich

Roth war mit den Antworten der Regierung auf seinen Vorstoss nicht zufrieden. Insbesondere verlangte er von Wyss eine Aussage darüber, ob der Kanton weiter mit dem Verein Studienaktie zusammenarbeite. Der Bildungsdirektor sagte gestern, dass dies «möglich» sei.

Linke verknurren Rat zu Sonderschicht

SPARPAKET Zur Finanz- und Steuerpolitik wird es im Herbst eine Sondersession geben.

Die bürgerlichen Parteien sind verärgert.

CYRIL AREGGER
cyril.aregger@luzernerzeitung.ch

Mit dem Sparpaket «Leistungen und Strukturen 2» sollen im Kanton Luzern in den Jahren 2015 bis 2017 zusammengezählt rund 210 Millionen Franken eingespart werden. Am Freitag wird der Regierungsrat über das Projekt informieren, im Dezember sollte das Geschäft in den Kantonsrat kommen – gemeinsam mit der Budgetberatung.

Halbtage kostet 18 000 Franken

Dies missfiel den Ratslinken. Eine ausführliche Diskussion der Massnahmen aus dem Projekt «Leistungen und Strukturen 2» sei so nicht möglich. Zudem sei zu befürchten, dass wegen der Diskussion des Massnahmenkatalogs das Hauptgeschäft, der Voranschlag 2015, in den Hintergrund trete. 32 Kantonsräte verlangen deshalb die Einberufung einer ausserordentlichen Session des Kantonsrates. Da die Unterzeichner – beinahe alle Vertreter der Grünen, SP und GLP sowie je ein FDP- und CVP-Kantonsrat – über einen Viertel des 120-köpfigen Rates vertreten, wird die ausserordentliche Session ange-

setzt. Die Staatskanzlei bestätigt auf Anfrage, dass ein Einberufungsbegehren eingereicht wurde. Dieses werde nun geprüft und soll am Montag dem Kantonsrat eröffnet werden. Die Kosten einer Sondersession sind grundsätzlich gleich hoch wie bei einer «regulären» Session. Gemäss Staatskanzlei betragen die Kosten für einen halben Sessionstag 18 000 Franken.

Zusätzliche Kosten für eine Spardiskussion? Für Felicitas Zopfi (SP, Luzern) ist das kein Widerspruch: «Wir haben dieses Jahr auch schon Sessionstage ausfallen lassen. Zusätzlich belastet wird das Budget also kaum.» Und auch wenn:



«Wir diskutieren über ein Sparpaket, wie es der Kanton noch nie gesehen hat. Da braucht es eine seriöse Diskussion. Das muss es uns wert sein.»

«Absolut unnötig»

Auf bürgerlicher Seite hat man wenig Verständnis für die Sondersession. Als «absolut unnötig», bezeichnet sie FDP-Fraktionschef Rolf Born (Emmen). «Das gesamte Projekt ist sauber aufgegleist mit einer begleitenden Sonderkommission. Einfache Massnahmen könnten wir problemlos auch in der Dezembersession beschliessen. Und diejenigen, die

eine Gesetzesanpassung brauchen, können auch in einer ausserordentlichen Session nicht abschliessend behandelt werden.» Born stösst sich auch am Vorgehen der Initianten: «Es wäre sicher sinnvoller gewesen, wenn man das Thema vorgängig mit allen Fraktionschefs besprochen hätte.»

Auch SVP-Fraktionschef Guido Müller (Ebikon) zweifelt am Sinn einer Sondersession. «Der Kantonsrat hat derzeit eher weniger zu tun, wir haben heuer auch schon Sessions abgesagt. Da würde man für die Diskussion wohl auch im regulären Sessionsprogramm noch Platz finden.» Die Aktion sei für ihn «ein Störmanöver von linker Seite». Denn das Anliegen hätte schon viel früher angebracht werden können, sei doch der Zeitplan schon monatelang bekannt. «Aber vermutlich ist man bei den Linken mit den Ergebnissen der Sonderkommission nicht zufrieden.»

«Wie soll das gehen?»

Eine Sondersession sei «eine seltsame Übungsanlage», meint CVP-Fraktionschef Ludwig Peyer (Willisau) und verweist ebenfalls auf den schon lange bekannten Zeitplan. «Zuerst diskutiert man über das Sparen und fällt budgetrelevante Entscheide, und wenige Wochen später behandeln wir das Budget. Wie soll das gehen?» Zudem ist er überzeugt, dass der Rat auch so genügend Zeit habe. «Wir können im Dezember die vollen zwei Tage über das Budget und die Sparmassnahmen diskutieren.»

Regierung kann Tiefbahnhof weiterplanen



So soll es im Innern des Luzerner Bahnhofs aussehen, wenn der Tiefbahnhof realisiert ist.

Visualisierung PD

LUZERN Der Kantonsrat beauftragt die Regierung, innert Jahresfrist einen Planungsbericht über den Tiefbahnhof zu erstellen. Nur eine Fraktion stellte sich dagegen.

Diskutiert das Parlament über den geplanten Tiefbahnhof, steht eine Frage stets im Vordergrund: die nach den Kosten. Ursprünglich rechneten die Planer mit 1,6 Milliarden Franken, aktuell sind es 2,4 Milliarden. Das war gestern, bei der Behandlung einer Motion von CVP-Fraktionschef Ludwig Peyer (Willisau), nicht anders. Peyer forderte in seinem von 63 Kantonsräten aus allen Fraktionen mitunterzeichneten Vorstoss von der Regierung einen Planungsbericht, in dem die nächsten konkreten Projektierungsschritte aufgezeigt werden. Das Parlament hiess die Motion nach angeregter Debatte auf Antrag der Regierung hin mit 82 zu 24 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut. Der Planungsbericht soll Mitte 2015 vorliegen.

Opposition gegen den Planungsbericht kam von der SVP, kritische Anmerkungen von der Ratslinken. So sagte Marcel Omlin (SVP, Rothenburg), mit dem Projekt Tiefbahnhof werde bloss Wahlkampf betrieben, denn es seien weder die Machbarkeit noch die Finanzierbarkeit gegeben. Er staune auch darüber, wie schnell die Motion beantwortet worden sei. «Die Regierung brauchte lediglich zwei Monate. Andere Vorstösse bleiben jahrelang liegen», so Omlin.

Ins gleiche Horn bliesen seine Fraktionskollegen Daniel Keller (Udligenswil) und Guido Müller (Ebikon). Beide argumentierten, es sei gescheiter, den Doppelspurausbau am Rotsee voranzutreiben. Keller sagte, der Bund werde die nötigen Gelder für den Tiefbahnhof nicht sprechen. «Dazu kommt, dass die höheren Kosten die Realisierung erst recht zur Utopie machen.» Müller monierte, es seien keine Alternativen geprüft worden.

CVP-Chef fordert Entschlossenheit

Motionär Ludwig Peyer konnte mit dieser Argumentation nichts anfangen. «Wir sollten uns nicht vom Finanzpolitischen abschrecken lassen und stattdes-



«Die höheren Kosten machen die Realisierung erst recht zur Utopie.»

DANIEL KELLER,
SVP-KANTONSRAT,
UDLIGENSWIL

sen Fakten schaffen und Entschlossenheit zeigen.» Support erhielt Peyer von Josef Langenegger (FDP, Malters). «Es ist falsch, die 600 Millionen vom Bund für den Doppelspurausbau am Rotsee abzuholen. Das ist nur eine kurzfristige Lösung», sagte der ehemalige Geschäftsführer der Zentralbahn, der auch Präsidiumsmitglied des Zentralschweizer Komitees für den Tiefbahnhof ist.

6,9 Millionen für neue Brücke

WERTHENSTEIN/RUSWIL ca. Die Langnauerbrücke über die Kleine Emme kann für 6,9 Millionen Franken neu gebaut werden. Der Kantonsrat stimmte dem Kredit gestern mit 93 zu 5 Stimmen deutlich zu. Die Brücke verbindet zwischen Schachen und Werthenstein die Kantonsstrassen K 10 (Emmen-Wolhusen-Wiggen) und K 33 (Malters-Schachen).

«Kulturhistorisch wertvoll»

Zu reden gab im Rat die heutige, um 1908 errichtete Eisenbetonbrücke. Diese sei in einem «sehr schlechten Zustand» und entspreche auch nicht den Vorgaben des Hochwasserschutzes, erklärte die Regierung in ihrer Botschaft. Deshalb solle sie abgerissen werden (Ausgabe vom 20. Mai). Damit waren die Grünen nicht einverstanden. «Die Langnauerbrücke ist ein kulturhistorisch wertvoller Bau», argumentierte Michael Töngi (Grüne, Kriens) und kritisierte den Bericht der Regierung. Man wisse nicht, mit welchen Mehrkosten gerechnet werden müsste, wollte man die Brücke erhalten. «Das ist ein nicht unbedeutendes Detail für die Entscheidung.»

Die Grünen stellten deshalb einen Rückweisungsantrag. «Wir wollen den Erhalt der bestehenden Brücke. Oder mindestens eine klare Herleitung der Interessenabwägung des Regierungsrats», so Töngi. Obwohl zumindest SP und GLP ebenfalls Bedauern über den Abriss der alten Brücke äusserten, erhielten die Grünen von keiner Fraktion Unterstützung bei ihrem Antrag. Die Rückweisung wurde mit 93 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Mit Josef Dissler (Wolhusen) und Pius Zängerle (Adligenswil) legten sich zwei weitere CVP-Politiker besonders stark ins Zeug für die Ausarbeitung eines Planungsberichts. Zängerle, der Leiter des Tiefbahnhofkomitees ist, forderte «einen substanziellen finanziellen Beitrag des Kantons Luzern» – und lieferte damit Giorgio Pardini (SP, Luzern) einen Steilpass. Pardini sagte, dass es in erster Linie darum gehe, ob Luzern bereit sei für eine Vorfinanzierung. Das sah Grüne-Fraktionschef Nino Froelicher (Kriens) genauso. «Wir erwarten von der Regierung klare Aussagen zur Mitfinanzierung des Projekts. Rutscht es in der Prioritätenliste nach vorne, braucht es auch Angaben zur Vorfinanzierung.»

Regierung «voll hinter dem Projekt»

Baudirektor Robert Küng versicherte, dass die Regierung «voll und ganz hinter dem Projekt» stehe. Den Kritikern aus den Reihen der SVP entgegnete er, es seien im Vorprojekt, das im vergangenen Juli präsentiert wurde, sehr wohl andere Varianten geprüft worden. Der nun im Raum stehende Durchgangsbahnhof mit Zusatztunnel habe sich aber als die beste herauskristallisiert.